

## Aussprache

### Deutscher Hochmut statt internationaler Solidarität – ein trauriger Vorfall

(Zu den Beiträgen von Oskar Negt und Anke Hassel in Heft 1/2001, S. 1-15)

In der Januar-Ausgabe 2001 der GMH schrieben Oskar Negt und Anke Hassel Bemerkenswertes zum Thema „Solidarität“. Ich möchte eine empirische Beobachtung aus der jüngsten Zeit beisteuern. Als ich am späten Abend des 13. Februar 2001 wie üblich den Fernseher einschaltete, um vor dem Schlafengehen die 23-Uhr-Nachrichten und den Wetterbericht zu sehen, erschütterte mich ein Bericht zutiefst. Wie man sich vorstellen kann, spielt im Staat Michigan, und besonders in der Detroit-Gegend (nicht umsonst „Motor City“ oder „Motown“ genannt), die Automobilindustrie eine gewaltige Rolle. Die grosse jährliche internationale Automobilmesse, die neuen Modelle, und auch die diversen Krisen – alles bekommt einen Stellenwert in der Öffentlichkeit, der viel grösser und unmittelbarer ist als anderswo in den Vereinigten Staaten. Natürlich waren die beiden letzten grossen Krisen der Automobilindustrie – die zahlreichen tödlichen und schweren Unfälle der Sport Utility Vehicles von Ford mit Firestone-Reifen, bei denen die Schuld noch immer zwischen den zwei Firmen hin und her geschoben wird und verschiedene Gerichte und parlamentarische Instanzen sowohl auf Bundes- wie auch auf Staatenebene weiterhin ermitteln, und die massiven Probleme bei DaimlerChrysler – grosse Themen, die gerade in der Detroit-Gegend viel Öffentlichkeit hatten. Besonders deprimierend war dann die Nachricht, dass DaimlerChrysler im Zuge einer mächtigen Umstrukturierung etwa 26.000 Arbeitnehmer entlassen würde. Was mir im Rahmen der tagtäglichen, wie am Laufband fliessenden schlechten Nachrichten DaimlerChrysler betreffend sehr po-

sitiv auffiel, war die Tatsache, dass es in der Öffentlichkeit und in meinen Bekanntenkreisen im Umfeld der United Automobile Workers of America (UAW) zu keinerlei anti-deutschen Resentiments kam, die ich sehr befürchtete, weil die Reibereien zwischen dem amerikanischen Chrysler- und dem deutschen Daimler-Teil der Firma bestens bekannt sind, und weil bei solchen Problemen leider Xenophobie, Vorurteile und andere billige Schuldzuweisungen in den USA ebenso Gang und Gäbe sind wie in Europa auch. Aber hier war es glücklicherweise nicht der Fall.

Im Gegensatz zu den ekelhaften Auswüchsen des „Japan bashing“ der achtziger Jahre gab es bis jetzt bei den Arbeitern (vielleicht sogar im Gegensatz zu Teilen des Managements) überhaupt keine Ressentiments gegenüber den neuen deutschen „Machthabern“. Im Gegenteil: Ich erinnere mich noch gut, wie ein kundiger Wirtschaftskommentator in einer vielgesehenen Fernsehsendung klar sagte, dass die Probleme von DaimlerChrysler nicht so sehr Folge eines „Culture clash“ zwischen Stuttgart und Detroit seien, sondern hauptsächlich darauf zurückzuführen sind, dass gerade bei Modellen und Produkten, bei denen Chrysler die Konkurrenz bis Mitte der neunziger Jahre so souverän dominierte (besonders bei den vielgeliebten und hoch profitablen Sport Utility Vehicles und den familienorientierten Mini Vans) andere Produzenten sowohl preislich als auch stilistisch ungemein aufgeholt hatten und Chrysler seine frühere Marktdominanz strittig machten. Die Chrysler-Probleme, versicherten mir UAW-Leute, hatten nichts mit dem neuen deutschen Management

zu tun, auch wenn es einigen problematisch erschien, dass die Intentionen Stuttgarts, nämlich eine klare Übernahme zu vollziehen und eindeutige Dominanz Daimlers anzustreben und keineswegs eine Ehe zweier ebenbürtiger Partner zu schliessen, erst im Nachhinein erkennbar wurden. Trotz dieser Malaise, von den Stuttgartern getäuscht - um nicht zu sagen belogen - worden zu sein, gab es keine antideutschen Töne in einer immer trostloser aussehenden Situation.

Im Laufe dieser für die Detrouiter Gegend hochaktuellen Angelegenheit entschied sich eine der vier lokalen Fernsehstationen, einen Reporter nach Stuttgart zu schicken, um zu erfahren, wie man dort bei Daimler über die Chrysler-Krise denke. Ich muss sagen, dass mich - und sicherlich tausende Detrouiter Fernseh Zuschauer - das Resultat geradezu schockierte: Der Reporter zeigte drei Daimler-Mitarbeiter (zwei in Büros an Schreibtischen und einen vor dem Werkstor), die klipp und klar sagten, dass sie es für völlig in Ordnung hielten, dass Leute bei Chrysler entlassen würden - überall in Deutschland sei bekannt, dass Chrysler-Produkte einfach schlecht seien, vor allem weil - und das ist das Schlimmste - Chrysler-Arbeiter unqualifiziert seien und daher minderwertige Produkte herstellen würden. Des einen Mimik besagte, dass er es als schlichte Blasphemie betrachte, überhaupt zu erwägen, von Chrysler produzierte minderwertige Bestandteile mit den in aller Welt bekannten und geachteten hochwertigen Produkten von Daimler in Berührung zu bringen („We don't want inferior Chrysler quality in our superb Daimler products“, betonte er emphatisch, als würden Chrysler-Produkte Daimlers Existenz kontaminieren.)

Obwohl ich als einigermaßen einschlägiger Kenner der deutschen Gewerkschaften über den Hochmut des deutschen Facharbeiters und über den kaum verschleierte deutschen Nationalismus, der sich im vermeintlichen Stolz über deutsche Qualität immer wieder ausdrückt, wohl unterrichtet bin, war ich über diesen kruden Ausdruck von unsolidarischer Schadenfreude dann doch entsetzt. Als der Reporter Videos mit deutschen Befragten bei den hiesigen DaimlerChrysler-Werken Arbeitern vorführte, die jeden Tag mit ihrer Entlassung rechnen müssen, stiess dieser deutsche Dünkel auf völliges Unverständnis, jedoch, zu meiner Überraschung, kaum auf Wut. Es wurde kein einziges anti-deutsches Ressentiment laut; einige sagten, dass sie die Reaktionen der deutschen Kollegen als verletzend

empfänden. Der letzte vom Fernsehen gezeigte Chrysler-Arbeiter meinte resigniert, dass ihm diese verächtlichen Meinungen als Arbeiter, der stolz auf sein Produkt ist, wirklich weh täten und dass er ähnliches nie über andere Arbeiter sagen würde - selbst wenn er so denken würde. Nebenbei sei angemerkt, dass fast alle der DaimlerChrysler-Arbeiter, die zu einer Stellungnahme zu den deutschen Meinungen gebeten wurden, Afro-Amerikaner waren, was in einer Stadt wie Detrouit mit circa 75 Prozent schwarzer Bevölkerung nicht wundert.

Als noch immer bekennender Freund der deutschen Gewerkschaften war ich dermaßen schockiert, dass ich mich am nächsten Tag mich mit dem Reporter der Sendung in Verbindung setzte. Er sagte mir, dass er in Stuttgart etwa 20 Personen für seine Sendung befragte, deren Meinung durchweg vielleicht sogar noch negativer und verwerflicher gewesen sei, als die der drei, die am Bildschirm erschienen. Der Reporter konnte mir leider nicht sagen, ob es sich bei seinen Befragten um gewerkschaftlich organisierte Arbeitnehmer gehandelt hatte. Er wusste auch nicht, wie viele der Befragten Angestellte oder Arbeiter waren. Aber drei Dinge versicherte er mir: Er befragte nur Männer; niemanden mit „Manager“-Rang; und er kontaktierte keine ausländischen Arbeitnehmer, nur Deutsche, da er den Zuschauern in Detrouit zeigen wollte, wie „echte“ Deutsche bei Daimler zu den Problemen bei Chrysler, besonders aber dem Arbeitsplatzverlust von Chrysler-Arbeitern, ständen. Schließlich fragte ich den Reporter, ob er von dieser einstimmig negativen, hochmütigen und unsolidarischen Haltung bei Daimler-Arbeitern in Stuttgart gegenüber ihren Kollegen in Detrouit überrascht war. Seine Antwort ist bezeichnend: total! Er wusste zwar, dass es sich in Sachen „internationale Solidarität“ bei Arbeitern mehr um Sonntagsreden als um Realität handelt. Außerdem wusste er bereits so viel von den Spannungen zwischen Stuttgart und Detrouit, dass er kritische Stimmen bei Daimler-Arbeitern erwartet hatte. Was er tatsächlich vorfand, verblüffte ihn völlig. Niemals im Leben hätte er sich ein solches Maß von Arroganz und völliger Unbetroffenheit unter Arbeitern vorstellen können.

Dieser Vorfall ist mir ein trauriges, aber leider auch lehrreiches Erlebnis. Es führt mir den radikalen Mangel an internationaler Solidarität bei einer Arbeiteraristokratie nochmals klar vor Augen und verdeutlicht ein tief liegendes und kaum

artikuliertes Problem im deutsch-amerikanischen Verhältnis. Denn ich wage folgende Behauptung: Der Hochmut der deutschen Befragten wäre etwas weniger krass ausgefallen, wenn es sich um eine Firma jedes anderen Landes gehandelt hätte. Aber wenn man der Weltmacht noch eins auf den Deckel hauen kann, dann umso besser. Amerikanische Arbeiter bedürfen natürlich keiner Solidarität, weil sie eben Amerikaner sind.

*Andrei S. Markovits,  
Ann Arbor/Michigan*

### **Vom Ehrenamt zum bürgerschaftlichen Engagement**

In den Beiträgen von Negt und Hassel spielt die ehrenamtliche Arbeit kaum eine Rolle, obwohl sie in der gewerkschaftlichen Programmatik ihren Platz hat. „Offen zu sein bedeutet, die ehrenamtliche Arbeit zu stärken. Dies schließt Angebote zum „Mitmachen“ auch für die Menschen ein, die sich nicht kontinuierlich engagieren wollen. Offenere Gewerkschaftsarbeit heißt zugleich zu lernen, mehr Freiräume und Gelassenheit gegenüber Gruppen zu pflegen, für die gewerkschaftliche Praxis noch nicht oder nicht mehr selbstverständlich ist.“<sup>1</sup>

Das Grundsatzprogramm des DGB von 1996 zeigt es: Gewerkschaften wissen, dass es sinnvoll ist, dem gesellschaftlichen Wandel und den hieraus resultierenden Konsequenzen in „Engagement“ und „Ehrenamtsverhalten“ vieler Menschen offen(siv) zu begegnen. Dies ist beruhigend, aber angesichts hunderttausender ehrenamtlicher Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter eigentlich selbstverständlich. Dennoch haben der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften Anlass, über die Rolle und vor allem die Zukunft des Ehrenamtes in der gewerkschaftlichen ebenso wie in der gesellschaftlichen Praxis (neu) nachzudenken. Das von den Vereinten Nationen für 2001 ausgerufenen „Internationalen Jahr der Freiwilligen“ gibt dazu Gelegenheit.

### **Gewerkschaften ohne Ehrenamt nicht denkbar**

Gewerkschaften sind gemäß ihrer Geschichte große Selbsthilfeorganisationen. Freiwilligkeit und Ehrenamtlichkeit sind aus tief empfundener Zusammengehörigkeit das Herzstück ihres Handelns. Sie bestimmen den Alltag nach innen und nach außen. Acht Millionen Menschen, die sich mit ihrer Mitgliedschaft zu den Gewerkschaften im DGB bekennen, bilden ein breites, in demokratischen Prinzipien fest verankertes Gerüst vielfacher ehrenamtlicher Strukturen.

Zehntausende Frauen und Männer engagieren sich neben ihrer hauptberuflichen Tätigkeit aus innerer Überzeugung „klassisch ehrenamtlich“ in gewerkschaftlichen Vorständen, Personengruppen, Fachgremien, Ortskartellen und Kreisen. Und dies, obwohl Solidarität heutzutage „keine Selbstverständlichkeit (mehr ist), auf die man aufgrund gleicher Lebenslagen, gleicher sozialer Herkunft und gleicher kultureller Bindungen bauen kann“, sondern „stärker als früher Ergebnis von Einsicht, die geweckt und gestärkt werden muss.“<sup>2</sup> Diese ehrenamtlich tätigen Frauen und Männer geben der Organisation Zusammenhalt und Stärke.

Dieses gewerkschaftliche Ehrenamt erfährt seine systematische Ergänzung und Fortsetzung in Arbeitnehmer(innen)- bzw. Mitbestimmungsgremien der Arbeitswelt in den Betrieben und Verwaltungen. Hunderttausende wirken dort als gewerkschaftliche Vertrauensleute, als Mitglieder von Betriebs- oder Personalräten, in Jugend- und Auszubildendenvertretungen, in Richter-, Staatsanwalts- und Präsidialräten, als Frauen- oder Gleichstellungsbeauftragte, als Schwerbehinderten-Vertrauensleute oder als Fachkräfte für Arbeitssicherheit u. ä. Ihr verantwortungsbewusstes und arbeitnehmer(innen)verpflichtetes Handeln ist ein zentraler Pfeiler unserer - trotz aller divergierenden Kräfte - konsensgeprägten Gesellschaft.

Ehrenamtliches und bürgerschaftliches Engagement von Gewerkschaftern greift indes noch weiter. Und zwar in die Bereiche, in denen nach der Struktur und Organisation unseres staatlichen Gemeinwesens Arbeitnehmer- bzw. Versichertenvertreter an der Ausgestaltung und am Funktionieren „des“ Staates mitwirken – insbe-

<sup>1</sup> Grundsatzprogramm des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Düsseldorf 1996, S. 37.

<sup>2</sup> DGB-Grundsatzprogramm, S. 7.

sondere als ehrenamtliche Richterinnen und Richter in der Arbeits- und Sozialgerichtsbarkeit, in der sozialen Selbstverwaltung der gesetzlichen Kranken-, Pflege-, Unfall- und Rentenversicherung und in der Arbeitsverwaltung.

Alles in allem sind dies mehr als eine halbe Million Menschen, die in und mit ihren Gewerkschaften freiwillig, ehrenamtlich und unentgeltlich dem Gemeinwohl dienen. Das „Internationale Jahr der Freiwilligen“ eröffnet die Möglichkeit, dies stärker und anerkennend ins Bewusstsein zu heben. Es sind eben nicht nur die im Rampenlicht stehenden Übungsleiter in Sportvereinen, die freiwilligen Helfer bei der Feuerwehr, die Helfer im sozial-karitativen Bereich und in den Gesangs- sowie Kulturvereinen, sondern auch etliche Menschen, die im mittel- und unmittelbaren Umfeld der Arbeitswelt ein beachtliches ehrenamtliches Engagement entfalten.

### Ehrenamt braucht Anerkennung

Angesichts des allgemeinen gesellschaftlichen Wandels wird auch in den Gewerkschaften über die sich hieraus ergebenden Konsequenzen für die gewerkschaftliche Arbeit, aber auch für die Gesellschaft, beispielsweise hinsichtlich der Bereitschaft zum Engagement von Bürgerinnen und Bürgern insgesamt, diskutiert. Die Neuordnung der einstmals siebzehn DGB-Gewerkschaften in nunmehr - nach Wiedereingliederung der DAG und Bildung der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) - nur noch acht zeugt von einer lebendigen Organisation. Dieser Prozess - vom DGB konstruktiv begleitet und aktiv mitgestaltet - fand besonderen Ausdruck im DGB-Grundsatzprogramm von 1996. Darin wird die Notwendigkeit bekundet, die Organisationskultur zu erneuern und zu diesem Zweck „die ehrenamtliche Arbeit zu stärken“<sup>3</sup>, ein Beschluss, der vom DGB-Bundesvorstand weiter konkretisiert wurde. „Betreuung von ehrenamtlich geführten Organisationseinheiten, Aufbau und Betreuung ehrenamtlicher Strukturen und ehrenamtlicher Arbeit“ wurden zu einer Kernaufgabe des DGB erklärt.<sup>4</sup> In einem Pilotprojekt in

Nordrhein-Westfalen wird derzeit erprobt, „wie Gewerkschaftsarbeit ehrenamtlich organisiert werden kann“.<sup>5</sup> Die in diesem Projekt gesammelten Erfahrungen sollen den Grundstock für den flächendeckenden Auf- und Ausbau ehrenamtlicher Strukturen, vor allem in den DGB-Regionen und -Ortskartellen bilden. Dafür sind auch bereits Mittel für eine technische Erstausrüstung<sup>6</sup> - einschließlich einer elektronischen Vernetzung<sup>7</sup> - vorgesehen.

Solche Vorhaben unterstreichen die Reform- und Innovationsbereitschaft des DGB. Unverkennbar verfolgt er mit derartigen Maßnahmen das Ziel, verstärkt junge Menschen für die Mitarbeit in Gewerkschaften zu gewinnen. Dies kann aber nur gelingen, wenn weitere strukturelle Veränderungen vorgenommen werden. Denn es sind auch unflexible und unzeitgemäß bürokratisierte Arbeitsformen, die junge Menschen von der Ausübung ehrenamtlicher Tätigkeit abhalten. Vor allem auf die örtlichen und regionalen gewerkschaftlichen Organisationen kommen in diesem Zusammenhang erhebliche Veränderungen zu: gefordert sind sensiblere - weitgehend hierarchiefreie - Umgangs- und Arbeitsformen. Nur auf diesem Weg kann es gelingen, insbesondere junge Menschen in die ehrenamtliche Gewerkschaftsarbeit zu integrieren.

Ehrenamtliches Engagement bietet gute Chancen, die Gewerkschaften zukunftsfähiger sowie gesellschaftsrelevanter zu machen, damit sie auch langfristig ein gewichtiger und vor allem integraler Bestandteil einer modernen Bürgergesellschaft bleiben. Denn auf dem Gebiet der Ehrenamtlichkeit gibt es große Potenziale<sup>8</sup> oder - wie es der Ministerpräsident von NRW, Wolfgang Clement, ausdrückte - „eine riesige schlafende Ressource“<sup>9</sup>. Die Chance ist gegeben, auf dem nächsten DGB-Bundeskongress im Mai 2002, das Erscheinungsbild einer lebendigen, offenen Organisation zu präsentieren, die (junge) Menschen einlädt, sich in ihr ehrenamtlich zu engagieren.

3 DGB-Grundsatzprogramm, S. 37.

4 Beschluss des DGB-Bundesvorstandes vom 6. Juli 1999, Anlage, Ziff. 3.3 in: „einblick“, gewerkschaftlicher Info-Service, Düsseldorf, Nr. 18/00, Fax-Abruf Nr. 51/00.

5 „einblick“, Nr. 18/00, S. 6.

6 „einblick“, Nr. 23/00, S. 2.

7 „einblick“, Nr. 2/01, S. 2.

8 Jörg Bogumil und Lars Holtkamp in: Die Mitbestimmung, Magazin der Hans-Böckler-Stiftung, Oktober 2000, Seite 42 ff.

9 „Pflege der Seele“, in: Der Spiegel, Nr. 45/2000.

### Dem Ehrenamt mehr Ehre in den Gewerkschaften ...

Das in der Gesellschaft verbreitet anzutreffende Bedürfnis nach gewerkschaftlicher Organisation und die Bereitschaft, in ihr ehrenamtlich mitzuarbeiten, bilden eine gute Basis, der Gewerkschaftsbewegung neue Impulse zu verleihen. Vom Münchener polis-Institut ermittelte Einschätzungen<sup>10</sup> weisen zahlreiche Handlungsmöglichkeiten auf dem Feld der Ehrenamtlichkeit auf. Polis beispielsweise konstatiert u.a. ein hohes Ansehen der Gewerkschaften bei den Mitgliedern, kaum minder auch bei Nichtmitgliedern, eine konkrete Erwartungshaltung und eine signifikante Bereitschaft zur zumindest „befristeten“ Mitarbeit „bei bestimmten Themen“ vor allem unter jungen Menschen. Und auch Gewerkschaftsseniorinnen und -senioren sind vielfach zur ehrenamtlichen Mitarbeit bereit.

Dies ist eine solide Grundlage für eine mögliche Erhöhung des politischen Gewichts von Gewerkschaften durch die erweiterte Einbeziehung von ehrenamtlicher Mitarbeit, erfordert allerdings auch geeignete Rahmenbedingungen. Dazu zählt in erster Linie die Aufwertung ehrenamtlicher Arbeit. Ungewöhnlich, aber bedenkenswert wäre es, aus Anlass des „Internationalen Jahres der Freiwilligkeit“ ein besonderes Zeichen zu setzen, beispielsweise die Verleihung des Hans-Böckler-Preises an eine Gruppe ehrenamtlicher Akteure.

Ehrenamtlerinnen und Ehrenamtler wollen anerkannt und gehört werden. Dies erfordert, bei den hauptamtlichen Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern eine besondere Aufmerksamkeit gegenüber ehrenamtlicher Arbeit zu schulen sowie ein besonderes Interesse an ihr herauszubilden. Ehrenamtlerinnen und Ehrenamtler brauchen Freiraum und Unterstützung bei ihren Tätigkeiten, sie wollen ernst genommen, einbezogen und gewürdigt werden. Dies macht eine neue Kultur des Umgangs mit Ehrenamtlichkeit in Gewerkschaften erforderlich. Zur Ausbildung dieser neuen Umgangsformen können gewerkschaftliche Bildungseinrichtungen, die Bildungsarbeitsgemeinschaft „Arbeit und Leben“ und das DGB-Bildungswerk wichtige Beiträge leisten.<sup>11</sup> Zu den Rahmenbedingungen für ein funktionierendes System von Haupt- und Eh-

renamtlichkeit gehört schließlich auch eine materielle Absicherung, die dem ehrenamtlich Tätigen seine Kosten ersetzt und ihn von Unwägbarkeiten durch Haftungsfreistellung und Versicherungsschutz frei hält, ihn schließlich auch in technisch-organisatorischen Fragen berät und unterstützt.

### ... und in der Gesellschaft

Eine derartige Förderung ehrenamtlicher Arbeit kann aus den Gewerkschaften heraus positive Impulse auf die gesamte Politik entfalten. Die Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages „Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements“<sup>12</sup> schickt sich an, eine Bestandsaufnahme zur Praxis der Ehrenamtlichkeit in unserer Gesellschaft zu erstellen und Vorschläge für bessere Rahmenbedingungen derselben vorzulegen. Es wäre hilfreich, wenn dazu auch Anregungen an die Adresse von (Arbeitnehmer-)Organisationen, Staat, Arbeitgebern und Öffentlichkeit gehören, gemeinsam neue Wege zu entdecken oder vorhandene auszubauen. Hier könnten sich Gewerkschaften und Arbeitgeber einbringen, denn beide verfügen über gute Erfahrungen in Sachen Ermöglichung und Organisation von Ehrenamtlichkeit aus gemeinsamer Arbeit auf zahlreichen Feldern. Freistellungs- und Entschädigungsfragen sowie solche zur sozialrechtlichen Ausgestaltung lassen sich aus betrieblicher Erfahrung praxisbezogen regeln. Aussagen von Bundeskanzler Gerhard Schröder, sich in begrenztem Rahmen für steuerfreie „Aufwandsentschädigungen aus öffentlichen Kassen für gemeinnützige Tätigkeiten“ einzusetzen und hierbei weitere ehrenamtliche Tätigkeiten einzubeziehen<sup>13</sup>, könnten die Entwicklung zum bürgerschaftlichen Engagement zusätzlich fördern.

Ob die zu erwartenden Anregungen der Enquete-Kommission für eine Verbesserung der Rahmenbedingungen für ehrenamtliches Enga-

10 „einblick“, Nr. 13/00, S. 1.

11 Siehe auch Weiterbildungsangebot „Ehrenamtlichen-Management“ der Hochschule für Wirtschaft und Politik in Hamburg (mit Zertifizierung).

12 Mit den Ergebnissen dieser Kommission unter der Leitung von MdB Dr. Michael Bürsch wird Anfang 2002 gerechnet.

13 Bundeskanzler Gerhard Schröder vor dem Kongress „Unternehmen und Bürgerschaftliches Engagement – Aufbruch zu neuer Verantwortung“ am 23. November 2000 in Berlin.

gument in unserer Gesellschaft ausreichen, bleibt einer späteren Würdigung vorbehalten. Sicher wird man aber bereits heute sagen können, dass es ergänzender Regelungen auf Landes- und kommunaler Ebene bedürfen wird, denn dort spielt sich Ehrenamtlichkeit zuallererst ab.

#### **„Demokratie lebt vom Ehrenamt“<sup>14</sup>**

Rund 22 Millionen Menschen in Deutschland engagieren sich gegenwärtig ehrenamtlich in den unterschiedlichsten Bereichen.<sup>15</sup> Und dies, ohne dass sie dafür eine Bezahlung erwarten oder gar erhalten. Dieses freiwillige Engagement ist nicht nur Ausdruck gelebter Solidarität, sondern auch der Freiheitlichkeit unseres Gemeinwesens. Es ist für das Funktionieren unserer sozialen Gesellschaft unverzichtbar. Dennoch braucht Ehrenamtlichkeit aber auch ein „gedeihliches“ Klima. Den zu erwartenden Empfehlungen der Enque-

te-Kommission kommt deshalb große Bedeutung zu. Bundespräsident Johannes Rau hat zur Eröffnung des „Internationalen Jahres der Freiwilligen“ das Ziel beim Namen genannt: „Ehrenamtliche Arbeit muss mehr Anerkennung finden, aber sie muss auch ehrenamtlich bleiben, will sich unsere Gesellschaft nicht eines wichtigen Teils ihrer Menschlichkeit berauben.“<sup>16</sup> Es ist sehr zu begrüßen, dass sein Appell durch eine Kampagne des Bundesfamilienministeriums „Was ich kann, ist unbezahlbar“ verstärkt wird. Doch nur dann, wenn der in dieser Kampagne enthaltene Funke auch auf die Menschen in den verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen überspringt, kann die Initiative „Internationales Jahr der Freiwilligen“ der Vereinten Nationen als Erfolg betrachtet werden.

*Karl-Heinz Köpke,  
Hamburg*

---

<sup>14</sup> Bundespräsident Theodor Heuss, zit. n. Bundespräsident Johannes Rau, „Die Bedeutung ehrenamtlicher Tätigkeit für unsere Gesellschaft“ am 5. Dezember 2000 in Bonn.

<sup>15</sup> Freiwilligensurvey 1999, Schriftenreihe des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Band 194.1, bes. S. 18 und S. 77 ff.

---

<sup>16</sup> Bundespräsident Johannes Rau, „Die Bedeutung ehrenamtlicher Tätigkeit für unsere Gesellschaft“ am 5. Dezember 2000 in Bonn.

